

Beschlussempfehlung^{*)}

des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Martin Dörmann, Siegmund Ehrmann, Petra Ernstberger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/10787 –**

Freiheit und Unabhängigkeit der Medien sichern - Vielfalt der Medienlandschaft erhalten und Qualität im Journalismus stärken

A. Problem

Freiheit, Unabhängigkeit und Vielfalt der Medien sind unverzichtbar für eine demokratische, offene und pluralistische Staats- und Gesellschaftsordnung. Diese Feststellung schickt die Fraktion der SPD ihrem Antrag voraus und knüpft daran angesichts grundlegender Veränderungen in der Medienlandschaft, die vor allem durch die Digitalisierung, durch weltweite Vernetzung und die Konvergenz der Medien ausgelöst werden, eine Reihe von Forderungen an die Bundesregierung. Die Medienpolitik stehe vor enormen Herausforderungen, wolle sie ihren verfassungsrechtlichen Auftrag erfüllen, Rahmenbedingungen für Medienanbieter zu schaffen, die ein vielfältiges und qualitativ hochwertiges Angebot ermöglichen und fördern. Medien- und Kommunikationsfreiheiten müssten immer wieder verteidigt und abgesichert werden, auch in der Europäischen Union und darüber hinaus. Auf nationaler und internationaler Ebene gelte es, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen und gleichzeitig deren Risiken zu minimieren.

Vor diesem Hintergrund fordert die Fraktion, die Bundesregierung müsse alle nötigen Maßnahmen zur Sicherung der Presse- und Medienfreiheit, zum Erhalt der Medienvielfalt und zur Stärkung der Qualität der Medien ergreifen. Auf nationaler Ebene soll die Bundesregierung Gespräche mit den Ländern mit dem Ziel aufnehmen, die Medien- und Kommunikationsordnung den neuen Bedingungen anzupassen. Forderungen der Fraktion sind unter anderem darauf gerichtet, das Pressefusionsrecht behutsam zu novellieren, das Presse-Grosso-Vertriebssystem gesetzlich zu verankern und das Urheberrecht zu modernisieren. Die Bundesregierung soll eine Mediendatenbank pflegen, das Urhebervertragsrecht evaluieren und gemeinsam mit Ländern und Medienunternehmen nach Möglichkeiten suchen, wie die Branche bei der Wahrnehmung ihrer öffentlichen Aufgabe unterstützt werden könnte. Zu prüfen sei in diesem Zusammenhang auch, welche indirekten Förderungen die finanziellen Rahmenbedingungen

^{*)} Der Bericht wird gesondert verteilt.

verbessern könnten. Außerdem soll geprüft werden, wie Stiftungsmodelle einen Beitrag zur Absicherung journalistischer Qualität und Recherche leisten könnten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

elektronische Vorab-Fassung*

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/10787 abzulehnen.

Berlin, den 17. Oktober 2012

Der Ausschuss für Kultur und Medien

Monika Grütters
Vorsitzende

Reinhard Grindel
Berichterstatter

Martin Dörmann
Berichterstatter

Burkhardt Müller-Sönksen
Berichterstatter

Kathrin Senger-Schäfer
Berichterstatterin

Tabea Rößner
Berichterstatterin

elektronische Vorab-Fassung*